

Stellungnahme zu Parität in Politik und Wissenschaft

Berlin, den 6. März 2020

„Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“ (Grundgesetz Art. 3 Abs. 2)

Geschlechterparität als frauenpolitisches Ziel – schön, aber es reicht nicht.

Es gilt, auch strukturelle Benachteiligungsgründe abzubauen für Partizipation und Gleichstellung – z.B. in der Wissenschaft:

Parität, insbesondere die geschlechterparitätische Besetzung der Parlamente, wird derzeit intensiv diskutiert. Selbstverständlich ist ein Quorum von 50 % der Sitze für Frauen in den Parlamenten von Bund und Ländern ein wünschens- und erstrebenswertes Ziel. Wir glauben jedoch nicht, dass damit alle bislang offenen gleichstellungspolitischen Fragen – direkt oder indirekt, über die so entstehende politische Willensbildung – einer geschlechtergerechten Lösung zugeführt werden.

Denn auch eine paritätische Besetzung der Parlamente würde nicht gewährleisten, dass die sehr heterogenen Lebenslagen von Frauen – insbesondere derjenigen, die Erwerbs-, Erziehungs- und Sorgearbeit vereinbaren oder vereinbaren wollen – in einer repräsentativen Weise abgebildet würden.

Vielmehr müsste aus Sicht des DAB daran gearbeitet werden, die strukturellen Probleme, die der mangelnden Repräsentanz und Gleichstellung von Frauen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zugrunde liegen, endlich gezielt anzugehen und zu beheben. Hierzu appellieren wir an die staatliche Verantwortung von Bund und Ländern im Sinne des Grundgesetzes Art. 3 Abs. 2.

Ein wesentliches strukturelles Problem, das nicht genügend politische Beachtung findet, sehen wir in unsicheren Arbeitsverhältnissen und prekären Erwerbsformen, wie sie in einer wachsenden Zahl von Berufsfeldern und leider in sehr ausgeprägter Form auch in Wissenschaft und Forschung verbreitet sind.

Unsichere Erwerbsverhältnisse als wesentlicher Grund für Geschlechterungerechtigkeit

Fakt ist: Frauen sind von vielen Problemen und Herausforderungen, die unsere moderne Konsum- und Arbeitsgesellschaft prägen, häufiger, direkter und intensiver betroffen als Männer. Dazu gehört, dass Frauen statistisch über deutlich längere Lebensphasen einer größeren beruflichen Unsicherheit ausgesetzt sind: Frauen arbeiten überdurchschnittlich häufig in atypischen und sozialrechtlich schlechter abgesicherten Jobs, insbesondere in Teilzeit und oder befristeten Tätigkeiten.

Stellungnahme zu Parität in Politik und Wissenschaft

Instabile und atypische Erwerbsformen gehen einher mit Herausforderungen:

- Einkommensunsicherheit, gleichzeitig oft unzureichende oder lückenhafte soziale Absicherung
- Höhere berufliche oder auch räumliche Mobilität (Pendeln, Umzüge)
- Weniger Selbstbestimmung in der Lebensplanung, Wohn- und Arbeitsort, soziale Beziehungen und Familienplanung werden abhängig gemacht vom Arbeitsmarkt
- Oft eingeschränkte zeitliche Planbarkeit der Arbeitszeiten, geringere Zeitflexibilität im Alltag; besonders in Teilzeit sind oft sind mehr (unbezahlte) Stunden zu leisten als vereinbart; die Stundenlöhne in Teilzeit sind niedriger als bei „Normalbeschäftigung“
- Deutlich schlechtere Abdeckung durch Interessenvertretungen im Vergleich zu „Normalerwerbstätigen“ (Vollzeit, unbefristet)¹
- geringere berufliche Entwicklungschancen bzw. geringere Aufwärtsmobilität

Hinzu kommt insbesondere für Frauen nicht selten Überforderung im Alltag durch das – oft nur mit Hindernissen zu organisierende - Nebeneinander von Beruf, Erziehungs- und Sorgeaufgaben.

Bildungsrenditen für Frauen geringer als für Männer

Auch Bildung und eine hohe Qualifizierung schützen nicht vor unsicheren und prekären Jobs. Das gilt für Frauen in Deutschland im deutlich höheren Maße als für Männer; besonders betroffen sind Akademikerinnen in der Wissenschaft. In keinem anderen Berufsfeld in Deutschland sind Befristungen und prekäre Teilzeitjobs so stark verbreitet wie an den Universitäten und Forschungseinrichtungen, und das obwohl hier eine abgeschlossene Berufsausbildung und weitergehende Qualifikationen die Regel sind. So beklagte beispielsweise schon der Bundesbericht Wissenschaftlicher Nachwuchs 2013 (BuWiN) die mangelnde „Planbarkeit und Transparenz wissenschaftlicher Karrierewege“ und die sich weiter verschlechternde Stellensituation im Wissenschafts- und Forschungsbereich. An diesem Befund hat sich bis heute nichts geändert.

Prekäre Erwerbsverhältnisse schaffen Abhängigkeiten und Limitierungen, die innovativen Forschungsansätzen und der Freiheit der Meinungsäußerung entgegenstehen. Reduziert werden auch die Spielräume für ehrenamtliches und gesellschaftspolitisches Engagement.

Und: Unsichere Erwerbsverhältnisse reduzieren den Raum für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Wer Erwerbsarbeit und Sorge für andere unter einen Hut bringen möchte, kann sich nicht ständig bereit halten für den nächsten „Gig“, die nächste Bewerbung, die nächste Publikation oder die nächste große Deadline für den Drittmittelantrag. Wissenschaftler*innen haben die niedrigste Geburtenrate von allen Berufsgruppen in Deutschland (fast 50 % der Frauen und 42 % der Männer bleiben kinderlos, wünschen tun sich dies nur 12 %).

Die mangelnde Gleichstellung im Wissenschaftsbereich wird seit vielen Jahren dokumentiert. Zum Beispiel wird im Auftrag der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK) seit 1997 das Datenmaterial zur „Chancengleichheit in Wissenschaft und Forschung“ fortgeschrieben.

¹ Der Begriff „Normalarbeit“ oder „Normalbeschäftigung“ geht zurück auf Mückenberger (1985) und beschreibt ein unbefristetes Arbeitsverhältnis in Vollzeit.

Stellungnahme zu Parität in Politik und Wissenschaft

Die jüngste Veröffentlichung vermerkt eine jährliche Steigerungsrate des Frauenanteils an den Universitäts- und Fachhochschulprofessuren von gerade mal 0,54 Prozent über die zurückliegenden zehn Jahre. Obwohl Frauen mehr als die Hälfte der Studienabschlüsse erzielen, sinkt ihr Anteil mit jeder Stufe auf der Karriereleiter nach Abschluss des Studiums. Es gilt: Je höher die Besoldungsgruppe, desto niedriger der Frauenanteil. Im Jahr 2017 waren 24,1% der Professuren in Deutschland mit Frauen besetzt, und diese waren noch dazu überproportional häufig befristet.

Der Deutsche Akademikerinnen Bund vertritt die Ansicht, dass in den unsicheren Beschäftigungsverhältnissen und der mangelnden Planbarkeit wissenschaftlicher Karrieren ein wesentlicher Grund für die strukturelle Benachteiligung von Frauen in Wissenschaft und Forschung liegt. Eine zentrale Stellschraube für mehr Gleichstellung und Chancengerechtigkeit zwischen den Geschlechtern liegt daher in einer deutlichen Steigerung von unbefristeten Arbeitsverhältnissen im Wissenschaftsbereich und einer Wiederherstellung des quasi nicht mehr existenten Mittelbaus an den Universitäten und Forschungseinrichtungen.

Vorschläge für mehr Parität und Partizipationschancen in Wissenschaft und Gesellschaft

- Schaffung von deutlich mehr unbefristeten wissenschaftlichen Stellen im akademischen Mittelbau; das hilft allen Wissenschaftler*innen, vor allem aber Frauen in der Familienphase und Personen mit konkreter Verantwortung für Kinder und Pflegebedürftige.
- Abschaffung von Mini-Teilzeiten und Teilzeitjobs mit Vollzeitaufgaben; mehr Jobsharing (gemeinsame Verantwortung für ein Aufgabenfeld) bei freiwilliger, z.B. familienbedingter Teilzeit.
- Erhöhung der Grundfinanzierung und Reduzierung des Anteils an Drittmitteln, die eingeworben werden müssen; für Drittmittel paritätisch aufgestellte Gutachtergremien in den Geberinstitutionen (DFG; Stiftungen etc.) mit müttergerechten Förderprogrammen.
- Denn: Frauenförderung ist gut, Mütterförderung ist besser! Da Frauen erwiesenermaßen den weitaus größeren Anteil der Sorge- und Pflegearbeit erledigen, sollten vor allem Mütter in ihrer beruflichen Karriere stärker gefördert werden; dies nicht nur in Familienphase, sondern auch danach. Dies wäre auch ein wesentlicher Schritt, um die spezifischen Erfahrungen und Perspektiven von Frauen mit Familienverantwortung gezielter in die wissenschaftliche und gesellschaftliche Debatte einzubringen.
- Paritätische Beteiligung von Frauen am akademischen Senat, paritätisch aufgestellte Promotions- und Habilitationskommissionen.
- Angesichts der zunehmenden Digitalisierung aller Lebensbereiche müssen Frauen an der Entwicklung, Gestaltung und Programmierung von technischen Geräten, Diensten und Algorithmen systematischer beteiligt werden; dieses Thema sollte auch in der Gesellschaftsforschung stärker verankert werden.

Für den Arbeitskreis Frauen in Politik & Wirtschaft: Sandra Reuse, Patricia Roncoroni und Erdmute Geitner (Sprecherin), Deutscher Akademikerinnenbund e.V. (DAB), Sigmaringer Str. 1, 10713 Berlin; der DAB im Netz: www.dab-ev.org/; email info@dab-ev.org; der DAB ist bei facebook und auf twitter.